

Qualifizierte Ausbildung für junge Menschen in Rheinland-Pfalz

Jugend braucht zukunftsfähige berufliche Bildung und kein Abstellgleis

Alle jungen Menschen in Rheinland-Pfalz, die eine Berufsausbildung beginnen wollen, müssen die tatsächliche Chance dazu erhalten. Dazu braucht es ein auswahlfähiges Angebot an Ausbildungsplätzen und keine Dauerwarteschleife im Übergangssystem.

In Rheinland-Pfalz gelangen tausende Jugendliche in ein Übergangssystem (z. B. BF 1 & BF2-Klassen) an den Berufsbildenden Schulen oder bei der Arbeitsagentur, weil sie keine Ausbildung gefunden haben. Die Perspektiven in diesem System sind sehr ungewiss, keineswegs bringt es Jugendliche über einen Umweg zum Ausbildungsplatz. Vielmehr werden sie dort geparkt, um sie so nicht mehr in der Statistik als „unversorgte Bewerber_innen“ zu haben.

Gleichzeitig wird die Lage am Ausbildungsmarkt durch Defizite in der Berichterstattung und in der Statistik der Bundesagentur und anderer Stellen verzerrt dargestellt. Aus unserer Sicht ist eine integrierte Ausbildungsmarktstatistik unabdingbar, die z.B. nicht alle Jugendlichen im Übergangssystem als „versorgt“ deklariert, sondern eine die auch tatsächlich alle Ausbildungswilligen als Bewerber_innen erfasst, und die mit der Schulstatistik sinnvoll verknüpft ist und Abgangszahlen integriert.

Die beste Perspektive auf dem Arbeitsmarkt bietet immer noch eine Ausbildung im dualen System, d.h. eine Ausbildung, bei der Betriebe und Verwaltung die Verantwortung für den betrieblichen Teil, das Land die Verantwortung für den schulischen Teil in Berufsschulen übernehmen. Dabei muss es vor allem darum gehen, die dualen Ausbildungsplätze zu erhöhen, aber nicht zu Lasten der Qualität und Bezahlung.

Dies ist auch deshalb sinnvoll, weil eine Ausbildung in erster Linie in der Verantwortung der Unternehmen liegt, nicht jedoch beim Staat. Sie muss über eine angemessene Ausbildungsvergütung finanziert werden.

Die Zunahme rein schulischer Ausbildungen als Reaktion auf den Mangel an betrieblichen Ausbildungsplätzen bietet oft keine gleichwertigen Perspektiven und entlässt die Betriebe aus der Verantwortung.

Ausbildung muss eine hohe Qualität haben. Das im Berufsbildungsgesetz festgelegte Recht junger Menschen, qualifiziert ausgebildet zu werden und alles zu lernen, was für ihren Beruf erforderlich ist, muss für alle durchgesetzt werden.

Ausbildungsberufe müssen Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt bieten. Dazu müssen Ausbildungsinhalte möglichst breit und umfassend angelegt, theoretisch wie praktisch fundiert sein. Um diesen Zweck zu erfüllen muss Berufsausbildung für alle Berufe in der Regel mindestens drei Jahre dauern und dem/der Auszubildenden muss eine unbefristete Übernahme geboten werden.

So genannte mangelnde „Ausbildungsreife“ von Jugendlichen darf kein Vorwand sein, diese in schulische Vorbereitungsmaßnahmen wie „Berufsvorbereitungsmaßnahmen“ zu geben, wenn diese nicht in einer dualen Ausbildung münden. Junge Menschen mit einem niedrigen formalen Bildungsabschluss sollten in eine praxisorientierte Ausbildung und nicht durch jahrelange Endloswarteschleifen in Praktika und Maßnahmen geparkt werden.

Derartige Entwicklungen sind aus unserer Sicht abzulehnen. Stattdessen ist das duale System zu stärken und weiter zu entwickeln.

Mögliche Schwächen von Jugendlichen beim Einstieg in die Ausbildung müssen durch Förderung im Betrieb sowie im Rahmen des Bildungssystems (allgemeinbildend, berufsbildend) aufgefangen werden. Betriebe sind auf ihre Verantwortung hinzuweisen und zu verpflichten.

Um gleiche Chancen für alle jungen Menschen in Rheinland-Pfalz sicher zu stellen, muss der schulische Teil des Berufsbildungssystems Teil eines durchlässigen Bildungssystems sein.

Die Jugendverbände im Landesjugendring Rheinland-Pfalz fordern:

- ein auswahlfähiges Angebot an Ausbildungsplätzen. Dabei berufen wir uns auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes aus dem Jahr 1980, welches besagt, dass ein auswahlfähiges Angebot an Ausbildungsplätzen nur gegeben ist, wenn die Zahl der freien Ausbildungsplätze mindestens 12,5 % größer ist als die Zahl der Bewerber_innen. In Rheinland-Pfalz lag die Einmündungsquote 2012 bei 69,5 %. Die Einmündungsquote zeigt, wie viele Jugendliche, die sich für einen Ausbildungsplatz interessieren, einen Platz bekommen.
- eine integrierte Ausbildungsmarktstatistik für Rheinland-Pfalz. So kann anhand der Schulabgänger_innenzahlen nachvollzogen werden, wie groß die Lücke tatsächlich zwischen den Abgänger_innen und dem Ausbildungsplatzangebot ist. Eine solche Statistik zählt junge Menschen nicht als „versorgt“, die tatsächlich nur in „Warteschleifen“ hängen und weiter ein Interesse an einem Ausbildungsplatz haben.

- die Landesregierung und die zuständigen Ministerien auf, darauf hinzuwirken, dass die Unternehmen in die Pflicht genommen werden, auszubilden. Dies bedeutet für uns, dass es eine Ausbildungsgarantie geben muss. Es darf nur im Einzelfall schulisch ausgebildet werden und nur mit dem Ziel der Integration in den Betrieb.
- den Übergang von Schule in den Beruf (Berufsfachschule I & II, Berufsvorbereitungsjahr) zu überarbeiten und nur noch auf einen Berufsabschluss anrechenbare Elemente anzubieten. Dafür sowie für eine bessere Vermittlung in betriebliche Ausbildung können die aus dem derzeitigen Übergangsbereich eingesparten finanziellen Mittel verwendet werden.
- Landesregierung, Ministerien und Kammern auf, sich für die mindestens dreijährige Berufsausbildung stark zu machen.
- dass der Fokus der Debatte um Ausbildung nicht auf der sogenannten Ausbildungsreife der jungen Menschen liegt, sondern auf der „Ausbildungsreife“ der Unternehmen. Der Landesjugendring setzt sich für eine qualitativ hochwertige und gut bezahlte Ausbildung ein.
- dass dem „Studieren ohne Abitur“ für Absolvent_innen einer Berufsausbildung keine formal hohen Hürden auferlegt werden. Darüber hinaus sollten die Berufsbildenden Schulen und die Hochschulen besondere Unterstützung und wegweisende Hilfen für die jungen Menschen anbieten.

Bei 3 Enthaltungen beschlossen durch die 107. Vollversammlung des Landesjugendringes Rheinland-Pfalz am 03.05.2014 in Koblenz.